

Neue OZ vom 18.06.2010, Ressort Politik, Seite 4

„Ein dickes Fell ist schlecht“

Trittin: Politiker müssen sensibel sein

Von Beate Tenfelde

Osnabrück. Die Wahl des Bundespräsidenten, das Schicksal der Koalition und deren Handlungsfähigkeit stehen im Mittelpunkt des Interviews mit dem Grünen-Fraktionschef im Bundestag, Jürgen Trittin.

Herr Trittin, alle starren auf die Bundespräsidentenwahl: Der Regierungskandidat Christian Wulff hat einen Vorsprung. Haben wir eine Staatskrise, wenn doch der rot-grüne Bewerber Joachim Gauck gewinnt?

Ach was. Joachim Gauck ist zwar der Vorschlag von SPD und Grünen, aber ein Angebot an die ganze Bevölkerung. Er ist überparteilich, wie es auch die Kanzlerin gewünscht hat. Egal wie die Bundesversammlung ausgeht: Am Ende haben wir ein neues Staatsoberhaupt. Wo sollte da die Staatskrise sein? Die Bundesversammlung entscheidet über den Präsidenten, nicht über Kanzlerin Angela Merkel, nicht über die Handlungsfähigkeit der Koalition. In dieser Frage wird im Bundestag bei der Abstimmung über das Sparpaket entschieden.

Ist der Eindruck nach dem Rücktritt von Horst Köhler richtig, dass ein dickes Fell wichtige Voraussetzung für das Präsidentenamt ist?

Ein „dickes Fell“ halte ich für eine schlechte Eigenschaft. Politiker brauchen Sensibilität. Auch für Stimmungen in der Bevölkerung. Außerdem gehört es zur Demokratie, dass Streit und Kritik ausgehalten werden. Beides gehört zusammen.

Klagen nur Sensibelchen über Zynismus und Respektlosigkeit in der Politik?

Die Appelle zu mehr Besonnenheit, die wir aus der Regierungskoalition hören, richten sich zum großen Teil an die eigenen Reihen. Gurkentruppe, Wildsäue – sich so zu beschimpfen ist kein bürgerlicher Umgangston.

Sie selbst sind auch nicht zimperlich – wenn man an den Vergleich Köhlers mit Heinrich Lübke denkt...

Ich bin deutlich, aber in der Sache. Deshalb habe ich gesagt: Die Bundesrepublik Deutschland führt keine Kriege zur Verteidigung ihrer nationalen Exportinteressen. Das darf sie laut Verfassung nicht.

Gauck hat im Internet einen Hype ausgelöst...

Einige haben Joachim Gauck als einen Mann von gestern bezeichnet. Das ist durch die Internet-Diskussion weggewischt worden. Gerade von jungen Leuten kommt viel Zustimmung wegen seiner Kantigkeit, seines Eintretens für Freiheit. Das wird noch wachsen.

Einige in der FDP murren gegen Wulff, weil er ihnen übergestülpt worden sei...

Ich bin strikt dagegen, die Wahl des Bundespräsidenten – wer immer gewählt wird – mit Koalitionsspielereien aufzuladen. Die Bewerber setzen die Botschaften. Das steht zur Abstimmung, nichts anderes. Wenn der Präsident gewählt ist, sind alle Probleme, die dringend gelöst werden müssen, noch auf dem Tisch – von der Gesundheitsreform bis zur Energiepolitik.

Halten Sie CDU-Chefin Merkel für machtversessen, weil sie mit Wulff ihren stärksten Konkurrenten ausgebootet hat?

Das ist schon sehr interessant: Einem Mann würde man hier nie Machtversessenheit unterstellen, sondern ihm auf die Schulter klopfen mit der Bemerkung „sauber hingekriegt“. Angela Merkel hat meinen Respekt, weil sie eine gewiefte Machtpolitikerin ist. Aber ich werfe ihr vor: Sie nutzt diese Macht nicht, um wirklich zu führen und Mehrheiten für politische Ziele zu gewinnen. Insofern ist sie keine kluge Machtpolitikerin.

Der CDU-Mittelstand macht Front gegen Merkels „Stillstand-Politik“...

In der CDU gibt es andere, die besser begriffen haben, was es heißt, Volkspartei zu sein. Sie fordern

zu Recht höhere Spitzensteuersätze für die Wohlhabenden. Willkommen im Klub!, kann ich da nur sagen. Wir halten das seit Langem für überfällig. Es geht darum, die Lasten der Krise gerecht zu verteilen. Wenn die Ärmsten mit 30 Milliarden Euro belastet werden, muss man bei den Reichsten mindestens 30 Milliarden Euro, besser 60 Milliarden Euro holen. Sonst gibt es für Haushaltskonsolidierung keine Akzeptanz.

Am Wochenende kommt es in der Gesundheitspolitik zu einer schweren Operation: Erwarten Sie, dass FDP und Union sich einigen, wie das 11-Milliarden-Loch in der gesetzlichen Krankenversicherung geschlossen wird?

Ob man es Kopfpauschale oder Zusatzbeitrag nennt: Kommt es zur Einigung, wird es für den gesetzlich Versicherten teurer. Das ist klar. Die Wahrscheinlichkeit der Einigung halte ich allerdings für sehr gering. Der Mechanismus der schwarz-gelben Koalition dürfte erneut greifen: Verschiebung auf September. Ob Energiekonzept, Aussetzung der Wehrpflicht oder verlängerte Laufzeiten von Atomkraftwerken: Wir haben es mit einer Regierung der schimpfenden Vertäger zu tun, die mental schon in der Sommerpause sind.

Der Energiekonzern RWE schließt eine Kürzung seiner Dividende nicht aus, falls die Regierung eine Brennelementesteuer beschließt...

Energiekonzerne sind fette Oligopolisten, die ausschließlich auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Darüber muss man sich nicht wundern. Eon und RWE haben in diesem Jahr einen Reingewinn von 16 Milliarden Euro gemacht. Wenn die Konzerne jetzt von Dividendenkürzung sprechen, ist das absolut lächerlich. Die vier großen Energieversorger in Deutschland machen aufgrund ihrer Marktmacht Extraprofiten ohne Ende. Ein winziger Bruchteil davon soll nun mit einer eher symbolischen Brennelementesteuer belegt werden. 2,3 Milliarden Euro sollen die vier großen Atomkraftwerksbetreiber zusammen zahlen. Sie hätten dann immer noch jeder für sich sieben bis acht Milliarden Euro Nettogewinn. Und nun diese absurde Inszenierung der Konzerne. Aber die Bundesregierung traut sich nicht: Wenn sie wirklich die Subvention von Kernenergie ausgleichen will, müsste sie – unabhängig von Kernkraftwerk-Laufzeiten – eine Brennelementesteuer im Volumen von mindestens vier Milliarden Euro erheben.